

Aus Bund und Ländern

Ausbildung: CDU für 5 + 3

BONN. Die CDU will die Ärzteausbildung reformieren. Die Mitglieder ihres Bundesfachausschusses „Gesundheitspolitik“ halten die heutige Art der Ausbildung, aufgliedert in Vorklinik und Klinik, für verfehlt. Sie fordern: Mehr Praxis von Anfang an. Das fördere, so der Vorsitzende Albrecht Hasinger, die Motivation der Studenten und verhindere „Studentenunruhen wie im Winter 1988/89“.

Konkret schlägt der Fachausschuß vor, die akademischen Lehrkrankenhäuser in eine patientennahe Ausbildung ab Studienbeginn einzubeziehen. Dafür soll das Praktische Jahr nach dem ersten Staatsexamen wegfallen. Gleichzeitig stellt sich die CDU vor, den Fächerkatalog zu entrümpeln, damit mehr Raum für die Praxis bleibt. Hasinger schloß dennoch nicht aus, daß ein Teil der praktischen Anfangsausbildung auch während der Semesterferien stattfinden könnte. Nach spätestens fünf Jahren soll das Medizinstudi-

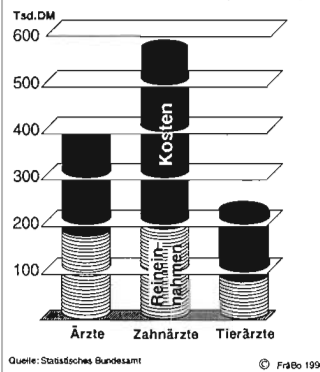
um nach Vorstellung der CDU mit einer Teilapprobation enden. Danach folgt eine dreijährige praktische Ausbildung an einem Krankenhaus, an deren Schluß die Approbation steht. Die Zeit als Arzt im Praktikum (AiP) entfällt in dem Entwurf.

Schon kurz vor dieser dreijährigen Ausbildungsphase sollen sich die Studenten nach Hasingers Auffassung entscheiden, ob sie sich in der Zeit auf ein Fachgebiet spezialisieren oder Allgemeinmediziner werden wollen.

Sofern die praktische Ausbildung vor dem Erwerb der vollen Approbation entsprechend strukturiert ist, soll sie nach CDU-Auffassung zugleich als Weiterbildung gelten, die zur Bezeichnung „Arzt für Allgemeinmedizin/Praktischer Arzt“ berechtigt. Der Fachausschuß macht zwischen diesen beiden Bezeichnungen keinen Unterschied. Auch für andere Fachgebiete sollen nach Meinung des Ausschusses „einschlägige Teile der dreijährigen Ausbildung als Weiterbildungszeiten anerkannt werden“. Die CDU will das Schwergewicht in der Ärzteausbildung auf die Allgemeinmedizin setzen. Deshalb sollen im Studium auch die Bereiche Prävention, Gesundheitserziehung, Psychosomatik, Rehabilitation, Geriatrie und Umweltmedizin vermittelt werden.

Ob der Entwurf Zukunft hat, wird sich erst entscheiden, wenn die Deutsche Einheit am 3. Oktober vollzogen ist. Denn die CDU möchte die Regelung auch auf dem Gebiet der heutigen DDR gelten lassen. Fraglich ist, ob es genügend Stellen für angehende Ärzte geben wird, die in der Ausbildung und Weiterbildung so miteinander verzahnt sein können, wie es sich der Fachausschuß vorstellt. Ungewiß bisher ebenfalls: Wie soll die drei Jahre währende Ausbildungszeit finanziert werden? Albrecht Hasinger wußte nur so viel: „Die Bezahlung wird erheblich besser sein als bei den heutigen AiP-Stellen.“ hb

Reinertrag und Praxiskosten bei Heilberufen (1987)



Beim Vergleich der Umsätze und Reinerträge der Praxen der approbierten Heilberufe rangieren die Tierärzte weit hinter den Humanmedizinern und Zahnärzten. Die vom Statistischen Bundesamt, Wiesbaden, durchgeführte Untersuchung über Praxisumsätze und -kosten auf der Basis des Steuerjahres 1987 (veröffentlicht Mitte 1990) bezieht sich auf die kassenärztlichen Umsätze, die Einnahmen aus privatärztlicher Tätigkeit und Einkommen aus sonstigen ärztlichen Aktivitäten; insofern sind die Tierärzte hier nicht ganz vergleichbar.

Zivildienst-Lücke macht Sorgen

DÜSSELDORF. Einen freiwilligen sozialen Friedensdienst hat die Bundesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte (BAGH) gefordert. Er soll Frauen und Männern ermöglichen, sich freiwillig für alte, kranke und behinderte Mitmenschen zu engagieren. Nur so ließen sich Engpässe in der ambulanten Versorgung durch die Verkürzung des Zivildienstes vermeiden. Besonders Schwerstbehinderten, die rund um die Uhr auf Betreuung angewiesen seien, drohe sonst die Abschiebung in ein Pflegeheim.

Die BAGH schlägt vor, freiwillige Helfer dieses Friedensdienstes für ihr Engagement kostenlos rentenzusichern. Außerdem sollen sie

ein existenzsicherndes Entgelt erhalten und den Dienst bei der Vergabe von Studienplätzen als Wartezeit angerechnet bekommen.

Insgesamt, so unterstreicht die BAGH, könne der Pflegenotstand in der Bundesrepublik Deutschland aber nur durch ein verstärktes Angebot an hauptberuflichen Fachkräften bewältigt werden. WZ

Management-Seminar für Ärzte

HAMBURG. Ein Fortbildungsseminar für Ärzte, die in der pharmazeutischen Industrie tätig werden wollen, bietet das „Grone-Bildungszentrum für Gesundheits- und Sozialberufe GmbH“ (GeSo) ab dem 8. Oktober in Hamburg an. Es ist das dritte Management-Fortbildungsseminar, mit dem die Teilnehmer die Bezeichnung „Bereichsassistenz Marketing“ erlangen können.

Der auf zehn Monate angelegte Lehrgang vermittelt kaufmännische Kenntnisse und enthält eine intensive Marketing-Schulung. Mit theoretischem Teil und Betriebspraktikum soll er dazu befähigen, bei Pharma-Unternehmen in den Bereichen Marketing, Product-Management, Klinische Forschung oder in medizinisch-wissenschaftlichen Abteilungen zu arbeiten.

Bewerber müssen vor Lehrgangsbeginn an einem Auswahlgespräch teilnehmen. Die Lehrgangskosten trägt – je nach persönlicher finanzieller Situation – möglicherweise das Arbeitsamt. Die GeSo bezeichnet die Anforderungen an Lehrgangsteilnehmer als hoch, verspricht nach erfolgreichem Abschluß aber gute Chancen für eine Karriere in der Industrie. Informationen und Anmeldung:

GeSo Grone Bildungszentrum, Pharma Management Akademie, Schottweg 9 in 2000 Hamburg 76, Telefon: 0 40/ 22 71 98 50. hb

Care fördert Basisversorgung

BONN. Die Hilfsorganisation Care Deutschland e. V. hat 1989 rund neun Millionen DM für internationale Hilfsprojekte eingesetzt. Zu den Schwerpunkten der Care-Arbeit zählt neben Trinkwasserversorgung, wirtschaftlicher Strukturhilfe und der Katastrophenhilfe auch die gesundheitliche Basisversorgung. Care hat besonders im afrikanischen Staat Mali umfangreiche Impfprogramme durchgeführt und die Fortbildung von Ärzten aus Polen ausgebaut. Dazu läuft bereits seit 1987 ein Fortbildungsprogramm im Stadtkrankenhaus Worms. EB